

Susanne Gaschke

Die deutsche Erzählung im Wandel

Ein Kommentar zur Flüchtlingskrise

Die angelsächsische Literatur hat oft einen soziologischeren Blick auf die Gesellschaften, die sie beschreibt, als die deutsche. In ihrem bei uns nicht sehr bekannt gewordenen aber großartigen Roman *The Radiant Way* schildert die britische Schriftstellerin Margaret Drabble eine Silvesterparty zum Jahreswechsel 1979/1980. Unter den Gästen in der vornehmen Londoner Harley Street sind Vertreter der linksliberalen Eliten, der Medien und Hochschulen, Regierungsbeamte und niederer Adel. Drabble lässt zwei Ahnungen sich im Laufe des Abends zu Gewissheiten verdichten: Die Hauptfigur beginnt zu begreifen, dass ihre Ehe die Nacht nicht überstehen wird. Und den Linken im Raum wird klar, dass mit den bevorstehenden Jahren ein grundlegender politisch-kultureller Wandel heraufzieht: hin zu einem härteren, kälteren, schnelleren England, das vielleicht sogar mehr soziale Aufstiegschancen bereithält, aber ganz sicher weniger Mitgefühl für Schwache.

Was müsste ein deutscher Roman erzählen, in dem die Protagonisten langsam zu verstehen anfangen, welchen Wandel wir gerade erleben? Dass »Globalisierung« nicht mehr nur Export bedeutet? Und dass es uns auf einmal, wie über Nacht, etwas angeht, was in Syrien, Libyen, Ägypten oder Afghanistan passiert (um von weit weniger fremden Ländern wie Griechenland nicht einmal zu reden)?

Vielleicht würde ein solches Buch in der Provinz spielen, in einer der kleineren Großstädte, die für Deutschland so typisch sind. Vielleicht wäre eine seiner Heldinnen die Arztfrau, die seit Jahren unterbezahlten Sprachunterricht für Flüchtlinge gibt, und ihren Freundinnen erzählt, neuerdings säßen immer mehr Syrer und Afghanen in ihren Kursen, die schlimme Sachen von zu Hause erzählten. Vielleicht wäre ein anderer Protagonist der Wohnungsamtsleiter, der mehr beiläufig registriert, wie sich die Zahlen verändern, und vorsichtshalber versucht, ein seit Langem leer stehendes Hotel als Flüchtlingsunterkunft anzumieten – ihn überrascht die Gründung einer ziemlich feindseligen Bürgerinitiative. Eine weitere Figur könnte der Bürgermeister sein, dem der Mangel an Sozialwohnungen ohnehin seit einiger Zeit unheimlich ist und der eine Initiative für preiswerten Wohnraum startet.

All diese Dinge hätte man beobachten können, zwei, drei, vier Jahre, bevor die Flüchtlingskrise mit ihren Bildern von lebensgefährlich überfüllten Booten auf dem Mittelmeer und Flüchtlingstrecks über den winterlichen Balkan 2015 ins öffentliche Bewusstsein rückte. Seither haben wir etliche Themenkonjunkturen erlebt: das Erstarren von Pegida, die Knappheit an Unterkünften, Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge, Angela Merkels Grenzöffnungssatz, Angela Merkels »Wir schaffen das«, die hilfsbereiten Deutschen an den Bahnhöfen, die ehrenamtlich Tätigen, die überforderten ehrenamtlich Tätigen, die Frage, warum es kein zentrales Krisenmanagement der Bundesregierung gibt, Alltag in Flüchtlingsunterkünften, Gerüchte über Flüchtlingsunterkünfte: Massenschlägereien, Messerstechereien, sexuelle Belästigung von Frauen, Diebstähle; Willkommensklassen an Schulen, Flüchtlinge in Ausbildung, der Terror und die Flüchtlinge, Zäune, Solidarität in Europa.

Jetzt, Anfang 2016, sind wir – die Aufmerksamkeitsspanne der Medien für jedes einzelne Thema ist nicht unendlich – an einem vertrauten Punkt angekommen: Wie

sehr wird die Flüchtlingsfrage zur Machtfrage in den Parteien? Kann Merkel sich dauerhaft durchsetzen? Wen verliert die integrationsfreudige SPD an die AfD? So konnte man auch die Agenda 2010 diskutieren, eigentlich überhaupt alles.

Spannend wird die Zeit, wenn die Berichterstatter und Kommentatoren restlos erschöpft sein werden, die Wirklichkeit aber einfach irgendwie weiter stattfindet.

Klar ist, dass es für das individuelle Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze geben kann. Gegen diese Erkenntnis (oder aber eine Grundgesetzänderung) sucht man sich mit den beschlossenen Kontingentlösungen zu feien: Es sollen einfach wieder weniger Menschen in die Lage kommen, überhaupt in Deutschland Asyl beantragen zu können. Trotzdem werden viele kommen *wollen*; und irgendjemand wird die Frage beantworten müssen, wie viele kommen *dürfen*. Sicher könnte das reiche Deutschland mehr als die eine Million von 2015 verkraften, ebenso sicher wären 60 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sein sollen, zu viele. (60 Millionen – man fragt sich, wer immer diese Zahlen erfindet). Gelungen ist nach dem Zweiten Weltkrieg die Integration von 12 Millionen Ostflüchtlings in Westdeutschland, allerdings teilte man die Kriegsschuld und die Muttersprache; Katholizismus und Protestantismus waren einander wohl doch näher als Christentum und Islam. Selbst unter diesen Voraussetzungen war der Integrationsprozess weder schmerzlos noch durchgehend freundlich.

Wo die faktische Obergrenze liegt, wird in entscheidendem Maße davon abhängen, wie weit die Neuankömmlinge dazu bereit sind, am Funktionieren von Gemeinwesen und Wirtschaft mitzuwirken. Bei der allerersten Hürde, der Sprache, brauchen sie jede Hilfe, die sie nur bekommen können. Deshalb muss es verbindlichen Deutschunterricht geben, überall, und zwar nicht eine Stunde pro Woche, sondern vier Stunden am Tag, sofort. Man kann das ohne jedes moralische Problem an die Gewährung von Sozialleistungen koppeln. Es ist ein wichtiges Signal in alle Richtungen, den Flüchtlingen zu sagen: »Ihr schafft das.« Finnisch ist zum Beispiel eine viel vertracktere Sprache als Deutsch, und auch die wird von Neuankömmlingen hoch im Norden gelernt. Und warum für diese Riesenaufgabe nicht Heerscharen von pensionierten Lehrern reaktivieren – mit einer steuerfreien Aufwandsentschädigung von 400 Euro im Monat, und dem Versprechen, bei Didaktik und Lehrplan ausnahmsweise nicht von der Kultusbürokratie gegängelt zu werden?

Die nächste nicht zu Ende diskutierte Frage ist die Frage der »Leitkultur«. Vielleicht könnte man deren moralische Aufladung einstweilen beiseite packen und sich auf den Pragmatismus des alltäglichen Zusammenlebens konzentrieren? Die Bundeszentrale für Politische Bildung macht das in ihrer vielsprachigen Broschüre »Ankommen – eine Orientierung für das Leben in Deutschland« vor. Die Prinzipien, die sie hochhält, sind Rücksichtnahme und Höflichkeit: »Privatsphäre ist Menschen in Deutschland wichtig«, heißt es dort zum Beispiel, »das kann manchmal distanziert wirken. Es ist vollkommen normal, stundenlang im Zug oder im Restaurant neben Fremden zu sitzen und nur ›Guten Tag‹ oder ›Auf Wiedersehen‹ zu sagen.« Oder: »Menschen, die im Sommer wenig bekleidet sind, gelten als normal. (...) Es ist unhöflich, diese Menschen für längere Zeit anzusehen.« Oder: »Selten werfen Deutsche ihren Müll einfach auf den Boden – weder in der Stadt noch in der Natur.« Man kann nur sagen: Wenn auch alle Deutschstämmigen sich an diese Regeln hielten, dann würde dieses Land noch besser werden als es ist. Das Bekenntnis zum freiheitlichen Lebensstil muss allerdings ehrlich und ohne Hintergedanken erfolgen: Es ist diese Gesellschaft, mit all ihren Überspanntheiten, Wahnideen und Geschmacklosigkeiten, die den Wohlstand und den Mut für ein historisches Integrationsprojekt erwirtschaftet. Daran muss man sich beteiligen wol-

len. Das Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau darf in diesem Zusammenhang keine bloße Garniturpetersilie sein: So wenig sich ein Burka-Verbot rechtlich durchsetzen ließe, so wenig brauchen wir Burka-Apologetentum in öffentlichen Debatten. Das heißt: Jeder darf, kann und soll gegen die Verhüllung von Frauen argumentieren, wo es nur geht.

Große, bisher vollkommen offene Fragen stellen sich auch beim Thema Wohnen: Bis es von den schieren Massen der Ankömmlinge überrollt wurde, galt bei der Unterbringung der Flüchtlinge das Prinzip der Dezentralität als integrationsfördernd. Neuerdings denken Stadtplaner – wie schon nach dem Zweiten Weltkrieg – über eigene Stadtteile für Flüchtlinge nach. Die richtige Antwort kennt noch niemand, ebenso wenig wie die richtige Antwort in der demografischen Frage: Heißen wir gerade Generationen von Transferempfängern willkommen, oder Generationen von Steuer- und Beitragszahlern, die Deutschland dringend braucht? Wir werden lernen müssen, einsteilen mit der Unsicherheit zu leben. Vielleicht fällt uns das leichter, wenn wir zugeben, dass es schwer ist. Die Sache mit dem Ende der Geschichte übrigens, war eine Fiktion. Und die Zeit der großen Erzählungen ist mitnichten vorbei. Eine neue hat gerade erst begonnen.



Susanne Gaschke

ist Autorin der WELT. 2009 erschien ihr Buch *Klick. Strategien gegen die digitale Verdummung*. 2011 *Die verkaufte Kindheit. Wie Kinderwünsche vermarktet werden*. Sie war 2012/13 Oberbürgermeisterin von Kiel. 2014 erschien bei DVA: *Volles Risiko. Was es bedeutet, in die Politik zu gehen*.
susanne.gaschke@gmx.de

Klaus-Jürgen Scherer

Pragmatismus und Aufbruch?

Ein Blick auf die Shell Jugendstudie 2015

Vor Kurzem ist die nunmehr 17. Shell Jugendstudie erschienen: eine von dem namensgebenden Mineralölkonzern finanzierte, wichtige Institution westdeutscher Demokratiegeschichte, seit 1953 traditionell eine Grundlage für politisch-pädagogische Arbeit. Mit den Methoden der empirischen Sozialforschung werden Vorurteile und Bilder über die Jugend hinterfragt. Etwa alle vier Jahre richtet die Untersuchung ihren Fokus auf die Werte, Einstellungen und Lebensgewohnheiten sowie das Sozialverhalten von Jugendlichen zwischen 12 und 25, früher zwischen 15 und 24 Jahren.

Natürlich hat jede auch noch so repräsentative Studie ihre Grenzen. Wie eindeutig sich Jugendtrends mit 1.500 bis 2.500 standardisierten Fragenbögen, ergänzt durch qualitative Interviews, tatsächlich voraussagen lassen, sei dahingestellt. Und natürlich verkannte das Shell-Generationenporträt auch mal wirklich eine Entwicklung: Kurz vor der Jugendrevolte von 1968 hieß es, dass die »Generation der Unbefangenen« 1966 die Füße zufrieden unter Mutters Tisch stecke, sich zu zwei Drittel überhaupt nicht für Politik interessiere und gar »eine Mitarbeit in den Strukturelementen der demokratischen Herrschaftsform« verweigere, »obwohl sie Letztere im Prinzip bejaht«, so damals Viggo Graf Blücher vom beauftragten Emnid-Institut. Welch kulturrevolutionärer